

Rückt Deutschland nach links?

Umfragen belegen es, Arbeitgeber warnen davor, Parteitagsbeschlüsse bei SPD und Grünen legen es nahe, vielleicht beweisen es auch die Wahlergebnisse bei den kommenden Landtagswahlen Anfang 2008, und Guido Westerwelle pfeift aus dem letzten Loch – die Mehrheit der Deutschen hat die Nase voll von der wirtschaftsliberalen Globalisierung, will mehr soziale Gerechtigkeit.

Keine Frage. Mit dem Satz „Die Mehrheit der Bevölkerung soll teilhaben am Wirtschaftsaufschwung“ hat Angela Merkel den Nerv getroffen. Denn bisher tut sie es nicht. Und genau da liegt der Hase im Pfeffer.

Am 31. Oktober war wieder Weltspartag. Das Statistische Bundesamt wollte beweisen, dass es diese Teilhabe wirklich gibt und errechnete, im Durchschnitt werde in diesem Jahr jeder Bundesbürger monatlich 170 Euro ins Sparschwein stecken – soviel wie seit Mitte der 90er Jahre nicht mehr. Im Durchschnitt liegt die Lüge: Denn 8 Millionen Haushalten, das ist ein Viertel der Bevölkerung, bleibt am Monatsende nichts zum Sparen übrig, sie lösen ihre Rücklagen auf oder verschulden sich sogar. Teilhabe am Aufschwung?

Während die 30 größten Dax-Konzerne ihren Aktionären in diesem Jahr zusammen 27,7 Milliarden Euro Dividenden ausschütten, die Bundesagentur für Arbeit 3 Milliarden Euro Überschuss macht, hat sich seit der Einführung von Hartz IV im Januar 2005 die Zahl der Kinder verdoppelt, die am Rande des Existenzminimums leben. 2,2 Millionen Kinder können sich nicht ausreichend ernähren, haben kein Geld für Schulausflüge, sind in der Schule von Gruppenaktivitäten ausgeschlossen und können schon gar nicht damit rechnen, Abitur oder Studium zu machen. Tendenz steigend. Die politische Elite feiert die deutschen Nobelpreise und bucht sie, zu Unrecht, auf das Konto ihrer Exzellenz-Initiativen: Eliteschulen für die Wohlhabenden, Kinderfrauen für die Wohlhabenden, damit sie mehr Nachwuchs produzieren, die „gefühlte“ Klassengesellschaft ist voll auf dem Vormarsch. Teilhabe am Aufschwung?

Hat man davon auf dem SPD-Parteitag irgendetwas gehört? Beck und Münte lieferten sich im Vorfeld ein Showdown zum ALG I, sicher für die Älteren eine wichtige Frage, aber was haben die Jüngeren davon? Viel Sprengstoff bringt das eh nicht in die Koalition, die Union bastelt auch an dem Thema, und ein Schelm ist, wer dabei nicht auf den Gedanken

kommt, hier gehe es nur um Klientelpolitik. Die Älteren sind mehr und bei Wahlen entscheidender. Wichtig ist allein: Es darf nichts kosten. Obwohl die öffentliche Hand im Jahr 2007 rund 50 Milliarden Steuern mehr einnehmen wird als im Vorjahr. Teilhabe am Aufschwung? Nein, darin sind sich SPD und Union einig.

Dass die Arbeitgeber selbst gegen Reformen, die nichts kosten, Sturm laufen und der SPD „Sozialismus“ ankreiden, ist verständlich – sie wollen die Zügel nicht lockern. Die Strafexpedition gegen die, die am wenigsten haben, soll trotz brumrender Konjunktur unvermindert weiter gehen, die Leute sollen nur nicht auf die Idee kommen, es könnte aus dem großen Steuertopf wieder was für sie abfallen. Wenn DGB-Chef Sommer aber den „Linksschwenk der SPD“ feiert, oder Vertreter der Linkspartei (O-Ton Gysi: „Das neue SPD-Programm ist zum Teil ziemlich links ... Und wenn sie die SPD ändert, dann gibt es irgendwann einen Grad an Übereinstimmung, bei dem wir gar nicht umhinkommen zu koalieren“), dann kann man es nicht anders verstehen als dass sie froh sind über das Täuschungsmanöver, das da aufgeführt wird.

Auf dem Papier sind sich Gewerkschaften und SPD wieder unheimlich nahe gekommen. Der Börsengang der Bahn vorerst auf Eis gelegt; ALG I für über 50-Jährige auf zwei Monate verlängert; gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro und „gute Arbeit“, Kindergeld bis zum 27. Lebensjahr – das sind eins zu eins Positionen der Gewerkschaften, und nicht die schlechtesten. Gar Tempo 130 auf deutschen Autobahnen, das läuft schon fast den Grünen den Rang ab.

Was kommt davon in der Regierung an? ALG I hatten wir schon, Kindergeld hat von der Leyen erledigt, Tempo 130 wird in Berlin nie auf den Tisch kommen. Beim Mindestlohn muss Münte noch beweisen, dass er die Allgemeinverbindlichkeit bei der Post durchkriegt. Da bleiben wir auf dem Niveau von Entsendegesetzen. Bleibt die Bahn... Ja, das ist der einzige Punkt, an dem sich dieser Parteitag vielleicht gelohnt hat. Aber man muss auch hinzufügen: Gerade über diesen Beschluss sind viele Delegierte sauer, weil sie es fast geschafft hätten, einen Beschluss durchzubringen, der die Privatisierung der Bahn überhaupt ablehnt. Dann stand Beck auf und sprach ein Machtwort: Ihr oder ich. Verklausuliert, nicht so schroff wie Schröder, aber doch. Also war es auch eine verpasste Chance.

Für die Bestimmung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen ist die relative Position der abhängig Beschäftigten und der Kapitaleigner auf der Skala der Einkommens- und Vermögensverteilung entscheidend. Der Aufschwung der letzten beiden Jahre hat da die Position der Kapitaleigner deutlich weiter gestärkt. Denn die Reallöhne sind in diesem Jahr zwar etwas gestiegen, die Einkommen der obersten Klassen jedoch viel mehr. Nach den Berechnungen des WSI ist die Nettolohnquote (der Anteil der Arbeitseinkommen an den gesamten Einkommen in Deutschland; im Jahr 1991 noch bei 48,%) 2006 auf den historischen Tiefstand von 38,8% gesunken.

Wiederentdeckung des Sozialen? Die am unteren Ende der Skala um ein bisschen Existenzsicherheit kämpfen, kriegen es bald raus, dass in Hamburg nur heiße Luft geschlagen wurde. Als den nächsten Kanzlerkandidaten mag man Beck noch nicht sehen. Beck steht auf Münte, ganz real und nicht nur bildlich. Und „Die Linke“ wäre gut beraten, sie würde den SPD-Mitgliedern, die wieder an ihre Partei glauben möchten, diese Illusion lieber heute als morgen rauben – sie möchte sonst teilhaben an deren weiterem Erosionsprozess.

Angela Klein

Aus: SoZ, Nr. 11, November 2007

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.soz-plus.de

Ich bestelle eine

- kostenlose **Probeausgabe**
- Probeabo** (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
(keine automatische Verlängerung)

Name Anschrift

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

Was will die SoZ?

■ Die *Sozialistische Zeitung* (SoZ) setzt sich zum Ziel, publizistisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.
■ Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.
■ Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerlichen Ge-

sellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.
■ Der Kampf für umfassende Emanzipation in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergreift Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.
■ Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesellschaft und den sie

zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.
■ Da der Kampf um umfassende Emanzipation ein internationaler ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.
■ Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirklichung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung

der Produzenten und die Selbstorganisation aller, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der Ex-UdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen.
■ Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitung tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.
Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ